



Resolution

Titel: Sozialer Ausgleich nach der Zeitenwende

Antragsteller: Präsidium

Die Arbeiterwohlfahrt tritt für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen in Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz zusammenleben. Wir sind überzeugt, dass allen Menschen politische, soziale, bürgerliche, kulturelle und wirtschaftliche Grundrechte zustehen. Freiheit bedeutet für uns, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und Zugehörigkeit in sozialer und materieller Sicherheit verantwortlich und selbstbestimmt ihre individuellen Fähigkeiten entfalten können. Gleichheit heißt, dass alle Menschen die gleiche Würde haben und daher gleiche Rechte und Schutz vor Diskriminierung erfahren. Gerechtigkeit herrscht für uns dann, wenn jeder Mensch die gleichen Chancen hat. Solidarität entsteht dort, wo Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven füreinander eintreten. Toleranz heißt für uns, jeden Menschen in seiner Einzigartigkeit anzuerkennen.

Kurz nach dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine prägte Bundeskanzler Olaf Scholz den Begriff der Zeitenwende. Einig sind sich alle demokratischen Kräfte in Deutschland, dass die Unterstützung für die Ukraine gleichzeitig eine Unterstützung für unsere demokratische Grundordnung in Europa und in Deutschland darstellt. Die AWO insgesamt hat direkt am 24. Februar 2022 humanitäre Hilfen für schutzsuchende Menschen aus der Ukraine auf den Weg gebracht und auch in Schleswig-Holstein haben ehrenamtlich und hauptamtlich Mitarbeitende in den Ortsvereinen, Kreis- und Stadtverbänden sowie dem Landesverband unmittelbar Hilfen und Unterstützung organisiert.

Vor Ort begrüßten AWO Empfangskomitees die ankommenden Geflüchteten – nicht selten mitten in der Nacht. Zum herzlichen AWO-Empfang gehörten persönliche Ansprache, praktische Alltagshilfen und sehr oft auch Unterstützung beim Überwinden von Sprachbarrieren. Die AWO steht für gleichberechtigte Hilfen für alle Geflüchteten – ohne Unterscheidung aus welchem Land die Flucht begonnen werden musste.

In unterschiedlichen Handlungsfeldern agiert die AWO in Schleswig-Holstein, um Betroffenen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zu helfen. Der Landesverband beteiligt sich mit allen Unternehmensbereichen beratend, helfend und unterstützend – von fachkundiger trauma-pädagogischer Begleitung junger Kinder in der Kita bis zur Politikberatung auf Landesebene.

Für benachteiligte Bevölkerungsgruppen wirkte sich im ersten Kriegsjahr besonders die ansteigende Inflation vor allem wegen der zeitweilig um mehrere Hundert Prozent gestiegenen Energiepreise gravierend aus. Schmale Haushaltsbudgets konnten den teilweise absurd gestiegenen Preisen für Grundnahrungsmittel wie Sonnenblumenöl oder Gemüse nicht standhalten – die Warteschlangen u.a. vor Ausgabestellen der Tafeln wurden immer länger. Die Schuldnerberatungsstellen kamen mit den zur Verfügung stehenden Stundenkontingenten bei weitem nicht mehr aus – zu viele Menschen gerieten

in unüberwindbare finanzielle Schieflagen. Die Suche nach Wohnraum der unteren Preiskategorie ließ unerträglich viele Menschen verzweifeln. Indem die Sorgen auch Einzug in die Mittelschicht hielten und sich zeitweilig düsterste Prognosen täglich immer schriller gestalteten löste sich der anfängliche Konsens zur Zeitenwende unaufhörlich auf und mündete im Sommer 2023 schließlich in nicht gekannte Umfragewerte und Wahlergebnisse für rechtsextreme Politik und Kandidat*innen.

Der AWO Landesverband Schleswig-Holstein bietet Demokratieförderung mit dem Projekt „MitWirkung – im Verband!“ für Interessierte, Mitglieder und Ortsvereine an. Die unterschiedlichen Formate stärken Einzelpersonen, aber auch Ortsvereine und suchen den Kontakt auf Festen wie der Kieler Woche zu zufällig vorbeikommenden Menschen. Die Nachfrage steigt und zeigt, wie wichtig der AWO als Verband die Demokratieförderung ist. Die Gesellschaft muss dringend widerstandsfähiger gegen Populismus werden, damit der solidarische Zusammenhalt nicht weiter gefährdet wird.

Der öffentlich ausgetragene Streit der Bundesregierung über die finanzielle und inhaltliche Ausgestaltung von gemeinsam gefassten Zielen in der Klimaschutz- und Sozialpolitik bildeten die Zerrissenheit der Bevölkerung ab. Für die AWO ist es jedoch ganz eindeutig, dass erforderliche Ausgabenreduzierungen der Haushalte des Bundes und auch des Landes Schleswig-Holstein nicht zu Lasten der Schwächsten in der Gesellschaft gehen dürfen. Die AWO Schleswig-Holstein fordert von der Landesregierung vor allem eine wirkungsvolle Armutsbekämpfung und hier besonders die der Kinderarmut, eine Entlastung des Wohnungsmarktes und Pflegebedürftige sowie Pflegende wirksam zu entlasten. Statt auf Sparzwänge und die Schuldenbremse zu verweisen, muss sich die Landesregierung an der sozialen Wirklichkeit ausrichten. Die AWO Schleswig-Holstein fordert die Landesregierung und die Abgeordneten in den Parlamenten auf, die Finanzierung der großen Herausforderungen der Zukunft und Sicherstellung des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft, des demographischen Wandels, von innovativer Arbeit und Klimaschutz in den Vordergrund zu rücken und auszubauen.